

922 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Feber 1973,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das ÖIG-Gesetz geändert wird  
(ÖIG-Gesetz-Novelle 1973)

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Mitgliederzahl des Aufsichtsrates der ÖIAG erhöht werden. Weiters sollen die Bestimmungen über die Wahl und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften dem Gesetzesbeschluß des Nationalrates zur Zusammenfassung der Unternehmungen der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie (921 der Beilagen) angepaßt werden. Ferner ist vorgesehen, daß zur Besetzung heranstehende Vorstandsposten der verstaatlichten Unternehmungen im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" zu verlautbaren sind.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. Feber 1973 in Verhandlung genommen und mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Feber 1973, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das ÖIG-Gesetz geändert wird (ÖIG-Gesetz-Novelle 1973), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Feber 1973

K o u b a  
Berichterstatter

Dr. I r o  
Obmann